

Die Gleichursprünglichkeit von Demokratie und Gleichheit, oder: Ein reiches Hamburg ist reich an Armut an Armut

Essay von David Weiß, B.A. Politikwissenschaft, Universität Hamburg

Hamburg ist - läuft man nur einmal die Mönckebergstraße ab, wird das klar - eine ungleiche Stadt. Da hilft keine hanseatische Bescheidenheit, kein „Genuss im Verborgenen“ und auch keine wohlfeile Wohlfahrt, der Reichtum ist enorm – genauso die Armut. Diese Feststellung dürfte als Tatsachenbeschreibung kaum umstritten sein und so könnten wir nun direkt zum politischen Streiten und Argumentieren, warum dies so ist und wie es zu bekämpfen wäre, übergehen. Doch kurz lohnt es sich noch in dieser Momentaufnahme zu verharren, provoziert die kurze Gegenüberstellung des Reichtums und der Armut, wunderbar zugespitzt im Titel dieses Essaywettberbs, doch ein – erst einmal auf rein begrifflicher Ebene – interessantes Problem. Reichtum und Armut, das lässt sich sprachtheoretisch ganz offensichtlich feststellen, gehören als Begriffspaar zusammen. Wir können nur schwerlich vom enormen Reichtum sprechen, darüber denken, politisieren und philosophieren, wenn wir nicht auch das Gegenbeispiel, Armut, vor Augen haben. Und doch, so der ganz intuitive Impuls, würden wir uns gleichzeitig wünschen, den Reichtum in unserer Stadtgesellschaft ins Unendliche steigern zu können, ergo die Armut auszumerzen.

In dieser paradoxen Ausgangslage, letztlich der Frage, wie von der Reduktion und tendenziellen Überwindung von Ungleichheit zu *sprechen* wäre, wenn die differentiellen Antonyme „Reichtum - Armut“ doch gerade unüberwindbar konstitutiv für unsere Sprache und damit für unser politisches Denken über (Un-)Gleichheit sind, sich in dieser Ausgangslage bewegend, möchte ich zwei Motive vorschlagen, die gegen den drohenden Konservatismus eines solchen Paradoxons antreten. Sie können das so wichtige kritische Bewusstsein für Ungleichheit und die unauflösbare Verbindung von Reichtum mit seinem notwendigen Gegenbild Armut bewahren und doch gleichzeitig Wege für die politisch-normative Bekämpfung von Ungleichheit, ganz im Sinne des hier im Mittelpunkt stehenden *sdg 10*, eröffnen.

Dass Ungleichheit zwischen Arm und Reich, so meine erste Überlegung, ein so drängendes Problem in unseren Gesellschaften ist, liegt natürlich an der tatsächlichen Ungleichverteilung ökonomischer Ressourcen und Möglichkeiten - gleichzeitig aber auch und nicht zuletzt daran, dass Reichtum in unserem Kulturkreis primär als monetär quantifizierbarer Erfolg wahrgenommen und damit auf seine wirtschaftliche Dimension reduziert wird. Andere immaterielle Qualitäten, eben alternative, nicht-ökonomische Reichtümer werden kaum wahrgenommen, ihnen wird die so zentrale Anerkennung und damit ein wesentlicher Teil des „Reichtum-Seins“ verwehrt. Für solche anderen kollektiven Vorstellungen über Reichtum müssen wir gar nicht unbedingt in andere Weltregionen und Gesellschaftsmodelle gehen - wobei ein solcher Schritt ohne Frage manchmal gut täte, da in globalen Entwicklungsmodellen ebenfalls oft westlich-ökonomischste Entwicklungs- und Reichtumsmodelle mit politisch fatalen Folgen dominant sind - nein, es reicht einen Blick auf unsere nordischen Nachbarn, auf die skandinavischen Länder. Diese schneiden regelmäßig ganz an der Spitze des jährlichen *Happiness-Index* der Vereinten Nationen ab, einerseits weil beispielsweise in Finnland und Dänemark weiterhin starke und engmaschige sozialpolitische Netzwerke gesponnen sind, andererseits aber eben auch, weil in diesen Ländern schlicht andere, nicht-ökonomische Werte als entscheidend für das Glücklich-sein und den gesellschaftlichen Reichtum gelten. In diesem Sinne argumentiert etwa auch Richard Layard, emeritierter Wirtschaftsprofessor an der LSE: Hauptziel unserer politischen Grundsatzentscheidungen sollte, neben der Mehrung des ökonomischen Reichtums, ganz entscheidend die Ermöglichung von Glückserfahrungen im Miteinander, in der Kunst usw. sein. Nur ein konkreter policy-Vorschlag für Hamburg als Fazit dieses Reichtum umdenkenden Motivs könnte

sein, über so etwas wie ein Schulfach „Glück“ nachzudenken. Sechs andere Bundesländer haben dieses bereits mit einigen Erfolgen eingeführt. Und es muss ja auch nicht unbedingt gleich ein Fach sein. Neben der weiteren sozialen Durchmischung und der Ermöglichung von Chancengleichheit durch gleichwertige Bildung, reichte es erst einmal schon aus, der Persönlichkeitsbildung in der Erziehung und schulischen Bildung wieder größeren Freiraum einzuräumen. Reichtum ist wertvoller, wenn er nicht unbedingt gleich verwertbar ist, sondern gemeinsam kreiert und geteilt wird, *Glücklichkeitsreichtum* ist.

Neben diesen, den Reichtumsbegriff erweiternden und langfristig kulturverändernden Überlegungen, sind aber natürlich – ich komme zu meinem zweiten Motiv – die mittelfristigen und dann auch wieder stärker politökonomischen Reformen nicht zu vernachlässigen. Dabei wurde schon ausreichend dargelegt, warum eine Reduzierung von Ungleichheit moralisch vernünftig, richtig und geboten ist, die volkswirtschaftliche Sinnhaftigkeit einer ausgewogenen Verteilung sowieso. Was oftmals noch zu kurz kommt ist dagegen ein immanent politisches Argument, genauer ein demokratietheoretisches Stabilitätsargument. Nach diesem wird die Reduktion von (Un-)Gleichheit zur notwendigen Bedingung und damit zum entscheidenden Vehikel demokratischer Prosperität. Ein kurzes Ausholen ist an dieser Stelle nötig: Schon Aristoteles, einer der ersten Demokratietheoretiker der Geschichte, beobachtete in seiner athenischen Polis, dass demokratische Partizipation in der großen Bürgerversammlung nur wirklich möglich ist, wenn die Bürger auch wirtschaftlich unabhängig sind, sich also mit den aufgerufenen Themen beschäftigen und an langen Diskussionen beteiligen können. Und auch Jean-Jaques Rousseau sorgte sich um den Zustand der Herrschaft des Volkes, sollten Bürger in ihrer für Demokratie unabdingbaren Gemeinschaft von allzu großer Ungleichheit zerfressen werden. Als entscheidender Theoretiker von Gleichheit und Demokratie gilt allerdings Alexis de Tocqueville, der auf seinen Reisen in der Mitte des 19. Jahrhundert die US-amerikanische Demokratie wachsen und prosperieren sah. Dabei beobachtet er, dass es – neben den wichtigen rechtsstaatlichen Institutionen und Verfahren - vor allem die lebhafteste, auf dem Prinzip gleicher Partizipation und Rechte basierende Zivilgesellschaft war, die die junge Republik zusammenhielt. Diese Lehren sind, diskutieren wir über die Notwendigkeit der Beschäftigung mit Ungleichheit und ihre Auswirkungen auf unsere demokratische Ordnung, heute virulenter denn je. In Zeiten rechtspopulistischer Attacken auf die Demokratie und Menschenwürde, ist ein Bewusstsein, so wie es Aristoteles, Rousseau und Tocqueville hatten, für die *Gleichursprünglichkeit* von Demokratie und Gleichheit wichtiger denn je. In Krisenzeit bedingen sich Ungleichheit und Postdemokratie – Erwerbslose und Menschen mit niedrigem Einkommen gehen etwa seltener zur Wahl und halten tendenziell öfter antidemokratisch-autoritäre Ansichten – andersherum ist es aber auch mit einer lebhafteren öffentlichen Kultur gleich deutlich besser um den Zustand einer Demokratie bestellt.

Zum Schluss fallen die beiden vorgetragenen Motive hier dann auch, obwohl sie vermeintlich einmal für und einmal gegen eine stärker ökonomische Betrachtung argumentieren, zusammen. Ist die Demokratie, das Recht einer Jeden über ihre und die kollektiven Probleme mitzubestimmen, unser höchstes Gut und Ideal, für das in gesellschaftlichen Zusammenhängen zu streben ist, ist Ungleichheit notwendig zu reduzieren, gleichzeitig aber auch Reichtum und Armut umzudenken. Gelingt dies, kann die begriffliche Spannung, das arme Hamburg und das reiche Hamburg, auch ausgehalten werden. Dann ist Hamburg reicher und dies vor allem öffentlich demokratisch. Und auch ärmer. Und zwar an Armut.